

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl. bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mtl. für einen Monat 6.— Mtl. Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13493. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.00 Mtl. bei Vorauszahlung 2.30 Mtl. Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mtl. Reklame-Kolonellselle 7.50 Mtl. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Ein parlamentarischer Abend für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Reichstag gönnte sich gestern nach der siebenstündigen Sitzung über die Höhenzollernschleibungen eine kurze Tagung. Der Abend wurde ausgefüllt durch einen parlamentarischen Abend, zu dem der Innenminister Koch eingeladen hatte. Es waren die Spitzen sämtlicher Reichsbehörden versammelt, um die Vorträge einiger Vertreter der Wissenschaft anzuhören, die die Bedeutung der Wissenschaft für Kultur, Wirtschaft und Volksgesundheit darlegen sollten, um so die Bevölkerung auf die Not der deutschen Wissenschaft aufmerksam zu machen. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Ministers Koch ergriff Prof. Harnack das Wort zu seinen Ausführungen über die Bedeutung der Wissenschaft für die Kultur. Der weitaus interessanteste Vortrag des Abends wurde von dem Nobelpreisträger, dem Rektor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Prof. Haber, gehalten, der über die Bedeutung der Wissenschaft für die Wirtschaft sprach. Er wies darauf hin, daß der größte Teil der Arbeit, die früher durch physische Energie der Menschen geleistet worden sei, heute in unserm Zeitalter durch die Kohle geleistet werde. Der Strom der Kohleenergie hat aus dem Agrarstaat einen Industriestaat gemacht. Aber mit der Kohleenergie steigen auch die Ansprüche, die die Wirtschaft an die Wissenschaft stellt. Die Bedürfnisse der Wirtschaft begannen infolge der sich immer mehr steigenden Energieerzeugung langsam die vorhandenen Kohlestoffe zu übersteigen. Es droht die Gefahr, daß die Quellen einzelner Kohlestoffe eines Tages versiegen. Hier nun liegen die Aufgaben der Wissenschaft in zweifacher Weise ein. Einmal muß sie das stoffliche Gleichgewicht aller Kohlstoffe wieder herzustellen. Zum andern muß sie die Wirtschaft von den seltenen Kohlstoffen auf die allgemeyn vorhandenen umstellen. Prof. Haber erinnert daran, daß eben erst die Gefahr des Mangels an Stickstoff durch die wissenschaftlichen Erfindungen überwunden worden ist, so daß wir von dem Salpeterlager Chile unabhängig geworden sind. Jetzt droht ein neuer Mangel an rohen Phosphaten. Das kommt daher, daß wir in einem Zeitalter leben. Das letzte war das Zeitalter der Schwermetalle. Jetzt beginnt das Zeitalter der Leichtmetalle. Darauf schilderte Prof. Haber die Bedeutung der Wissenschaft für die deutsche Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft, die keine eigenen Kohlstoffe habe, sondern von der Verbrennung der Kohlstoffe lebe, müsse stets den andern Industrien weit vorausgehen. Nach Professor Haber sprach Professor von Mises über die Bedeutung der Wissenschaft für die Volksgesundheit. In einem kurzen Schlusswort forderte der Staatsminister a. D. Schmidt-Ditt die Anwesenden auf, ihre ganze Unterstützungskraft der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft anzubieten zu lassen.

### Die russischen Menschewisten fordern zur Unterstützung der russischen Revolution auf.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Freiheit veröffentlicht die Genossen Martow und Abramowitsch im Auftrag des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands und des Sozialdemokratischen Bundes einen Aufruf an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aller Länder, in dem sie das Proletariat auffordern, der russischen Revolution vorwärts zu helfen.

### Aufruf für die Anerkennung Sowjet-Rußlands.

Berlin, 24. November. (M.) Die Freiheit veröffentlicht einen Aufruf der Auslandsdelegierten der sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands und des Sozialistischen Bundes für die sofortige Anerkennung der Sowjetregierung und die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland, sowie gegen jede Intervention fremder Mächte und gegen die Blockade Rußlands.

### Litauisch-polnischer Waffenstillstand. Bolshewistische Erfolge gegen Balachowitsch.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger meldet aus Kopenhagen: Nach einem Telegramm aus Kowno ist zwischen Polen und Litauen ein zeitweiliger Waffenstillstand zustande gekommen, da Litauen auf Anforderung des Präsidenten der Kontrollkommission des Völkerbundes keine Gegenoffensive gegen Zeligowski einstellte, andererseits Zeligowski sich verpflichten mußte, die Einkreuzungen der Feindseligkeiten durch Litauen nicht zu neuen Vorstößen gegen dieses Land auszunutzen. In Kowno gehen Meldungen aus Moskau ein, wonach die Bolshewiken gegen Balachowitsch volle Erfolge zu verzeichnen haben. Sie haben die wichtige Stadt Dvinsk besetzt und eine große Anzahl Gefangene gemacht. Litauische Zeitungen verbreiten das Gerücht, daß zwischen Zeligowski und Balachowitsch Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen eingeleitet sein sollen.

### Bonguet und die kommunistische Internationale.

Paris, 23. November. Auf dem Parteitage der Sozialdemokraten des Seine-Departements hat Bonguet erklärt, er verwerfe nicht alle Bedingungen der Sowjets, er sei für größtmögliche Zentralisierung der Internationale, aber gegen die geheime Agitation und gegen die Propaganda in der Armee. Bonguet weist auf die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie hin, die nie erfolgt wäre, wenn die Verhältniswahl in der deutschen sozialdemokratischen Partei bestanden hätte. Er wolle weder

Sklave noch Geißel der Moskauer Internationale sein. Er werde in der Partei bleiben, wenn die Freiheit, zu denken, zu schreiben und zu reden gewährleistet werde. Wenn aber die Mehrheit der Partei sich für Anschluß an die Dritte Internationale entscheide und auch nur einen einzigen wegen seines entgegengesetzten Standpunktes ausschliesse, dann werde auch er die Partei verlassen.

### Die Kommunisten auf dem Mitgliederang.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne und die Internationale enthielten gemeinsam einen Aufruf, der sich an die Genossen der KPD. wendet und sie zur Teilnahme an dem Einigungspartei tag einlädt.

### Wieder ein Hochverratsprozeß in München.

München, 24. November. Das „Volksgericht“ verurteilte gestern den Gärtner Gustav Streibler wegen Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Streibler, der von der Berliner Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Beteiligung am Morde des Inspektors Blau in Untersuchungshaft gehalten wird, war im April 1919 als „Befehlshaber der bewaffneten Kommunisten“ in Schwabing tätig und beteiligte sich auch an Kampfhandlungen gegen die Regierungstruppen.

### Ein Antrag auf Entfeignung der Hohenzollern.

Berlin, 24. November. T. U. Wie die P. P. N. hören, beabsichtigen die Sozialdemokraten eine Resolution zur Verfassung vor, in der die Staatsverträge aufzufordern, ein Reichsgesetz herbeizuführen, durch welches das Vermögen der Hohenzollern dem preussischen Staat ohne Entschädigung übereignet wird, während diesem die Verpflichtung auferlegt werden soll, jedem lebenden Mitgliede des Hauses Hohenzollern eine angemessene Unterhaltsrente bis zu dessen Ableben zu gewähren.

### Drohung mit dem „Bürgerstreik“.

In den Kreisen der Tiroler Orgeß-Deute ist man über die Störung der Innsbrucker Parade durch den Streik der Eisenbahner während. Nach einer Meldung der Augsburger Abendzeitung aus Solzburg haben die bürgerlichen Kreise in Saalfelden (Wingau) beschlossen, dem Vornehen der sozialdemokratischen Eisenbahner in Tirol, die aus Anlaß des Tiroler Landesrückens in den Streit traten, mit gleichen Mitteln zu begegnen. In einer angemessenen Entschädigung wird Dienstentlassung und strenges gerichtliche Bestrafung der „Mädelsführer“ gefordert, andernfalls die Bürger in den Streit treten und den gesamten Geschäftswert der Eisenbahnen in die Staatsverwaltung soll für den der Geschäftswelt durch den Eisenbahnstreik entstandenen Schaden haftbar gemacht werden.

### Vor dem Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens.

London, 22. November. Sunday Times erfährt von maßgebender Stelle, daß Krassin innerhalb der nächsten Tage im Namen der russischen Regierung den Handelsabkommensentwurf mit Rußland unterschreiben werde. Krassin traf gestern mit Lloyd George zusammen und erhielt den Entwurf ausgehändigt. Eine Bestimmung des Entwurfs gestattet die Ein- und Ausfuhr russischen Goldes. Das neue Abkommen enthält die Bedingung, daß sich Rußland vor der Wiederaufnahme des Handels für die Bezahlung seiner Schulden verbürgt. Krassin besteht laut Sunday Times darauf, daß diese Frage vor der Friedenskonferenz verhandelt und international geregelt wird. Im englischen Unterhause sagte Lloyd George, das geplante Handelsabkommen mit Rußland werde vor der Unterzeichnung dem Unterhause mitgeteilt werden und, sofern ein allgemeiner Wunsch nach Erörterung des Abkommens vorliege, werde dem Hause dazu Gelegenheit gegeben werden. Auf den Einwand eines Mitgliedes des Unterhauses, daß der infolge der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland notwendig werdende Kredit von der Erklärung Rußlands abhängt, daß es bereit sei, seine Schulden zu bezahlen, gab Lloyd George zu, daß hierzu eine der Schwierigkeiten der Angelegenheit läge. Sir Robert Horne teilte mit, es seien Schritte getan, um genaue Mitteilungen wegen des gemeldeten Vandalenverbrechs durch das Vandalensyndikat und über die Bedingungen des von diesem Syndikat mit der russischen Regierung etwa abgeschlossenen Abkommens zu erhalten.

### Russisches Gold für schwedische Warenlieferungen.

Stockholm, 24. November. Der Vertreter der Sowjetregierung Professor Lomonosow, teilt mit, es seien mit zwei Dampfern aus Kowno 20 000 Rlo reines Gold nach Stockholm gebracht worden; dies entspreche der Summe von 60 Mill. Schwedischen Kronen. Die Sowjetregierung beabsichtigt, noch mehr Gold nach Schweden zu schicken, ebenso Holz und Kaphta als Kompensation für Einfäufe, die Rußland in Schweden machen will. Die Lieferungen hängen indessen davon ab, ob die Verhandlungen mit der schwedischen Regierung über die Zusammenziehung der russischen Handelsdelegation einen beschleunigenden Verlauf nehmen werden.

### Die bayerische Konterrevolution.

F. Die bayerische Regierung behauptet immer noch, daß die Einwohnerwehren nichts mit der Orgeß zu tun haben. Dabei pfeifen in München bereits die Spahen von den Dächern, daß der Leiter der Orgeß, Forstrat Escherich, gleichzeitig Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehren und sein Stellvertreter Kanzler in der Landesleitung ebenfalls einer der rührigsten Orgeßleute ist. Die Finanzierung der Orgeß wird durch die „Orgeß“ von dem bekannten Münchner Kommerzienrat Benz besorgt. Eine der wichtigsten Unterabteilungen der Orgeß ist die von Kanzler geleitete „Orka“, die den ganzen Chiemgau und Tirol und Kärnten für die Orgeß zu organisieren und mit Waffen und Munition zu versehen hat. Der vertrauteste Helfer, besonders in Finanzangelegenheiten, ist der aus dem Kamp-Busch über berühmte Abenteuerer Lincoln Trebitsch. Die neueste Errungenschaft der Orgeß in Bayern ist ein großartig eingerichtete Pressebureau, das im Ringhotel in München seinen Sitz hat. Von hier aus wird die deutsche und ausländische Presse mit orgeßfreundlichen Artikeln gespeist, und alles, was an Nachrichten über Bayern Herrn Escherich unangenehm ist, wird vom Ringhotel aus in bekannter Weise „richtiggestellt“. Aber trotz Orgeß-Pressebureau setzt sich die Wahrheit über Bayern auch im Auslande allmählich durch. So beschäftigt sich der bekannte Schriftsteller Jacques Bainville mit der Stellung Bayerns in der Entwaffnungsfrage und sagt:

„Die Münchner Konterrevolution möchte gegenüber der Entente eine selbständige Politik führen. Aber sie hätte es zugleich für notwendig, ihre Treue zur Reichseinheit zu betonen. Warum sollten also die Milizierten Bayern eine Vergünstigung gewähren? Bayern sei deutsches Land wie jedes andre. So müsse es sich auch den allgemeinen Bestimmungen fügen. Für die Milizierten sei die Einwohnerwehr eine selbständige Armee. Herr v. Kahr (bayerischer Ministerpräsident) habe angekündigt, daß er mit der Reichsregierung wegen der Rote des Generals Kollert unterhandeln werde. Es gebe also jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder könne Kollert von Berlin die Erlaubnis verlangen direkt mit der Entente zu verhandeln, oder es wolle versuchen, die Entente durch Vermittlung Berlins zu erreichen. In beiden Fällen sollte die Münchner Regierung wissen, daß sie sehr verdächtig ist. Wir haben keine Lust, uns über ihr Ohr haufen zu lassen.“

Diese Auslassung Bainvilles kennzeichnet die Wichtigkeit der bayerischen Regierungspolitik treffend. Mit einem der berühmtesten Schauermärchen über bolschewistische Waffenlager in Deutschland hatte Herr v. Kahr die Notwendigkeit der bayerischen Einwohnerwehren im Landtage begründet, und nun wird sein ganzes „kommunistisches Oberkommando“ vom preussischen Staatskommissar für die öffentliche Ordnung als Kältschuna gebrandmarkt. Trotzdem provoziert die Regierung weiter und hält nach wie vor an der Beibehaltung der Einwohnerwehren fest. Dem Reich gegenüber betonte der Ministerpräsident aufs heftigste seine Reichstreue, wandte sich aber gegen den Berliner Unitarismus, weil er reichsverwundend wirkte und dem Universalismus Vorstoß leistete, da er den Machtwort in den Vordergrund stelle. Das sei der Grund, warum Frankreich ein unitarisches Deutschland unerwünscht sein müsse und warum es einem föderalistischen den Vorzug gebe. Nach der ersten Verbeugung gegen Berlin folgt also die Versicherung an die französische Regierung, daß man die bayerische Reichstreue nicht so ernst zu nehmen brauche, der Herr Ministerpräsident wisse sehr gut die Wünsche von Paris zu verstehen und durchzusetzen. So glaubt die bayerische Regierung es mit beiden Parteien — mit Paris und mit Berlin — halten zu können und verliert dadurch überall den letzten Rest von Vertrauen. Der „Föderalismus“ des Herrn v. Kahr ist nur die Remantelung für die separatistischen Bestrebungen in Bayern, und die Reichsregierung wird gut tun, den Versicherungen der bayerischen Jesuiten keinen allzu großen Glauben beizumessen.

Im Landtage hat der liberale Präsident unsere Genossen wiederholt daran gehindert, die Wahrheit zu sagen, weil sie den Orgeßleuten und der bayerischen Regierung unangenehm war. Es handelte sich um die Waffenlieferungen mit behördlicher Unterstützung und um die damit zusammenhängende Affäre der Münchner Wörderzentrale. Unsere Genossen traten deshalb aus dem Präsidium aus, in dem sie den Posten des 2. Vizepräsidenten innehatten, nachdem alle Parteien mit Einschluß der Reichssozialisten dem Präsidenten trotz seiner parteipolitisch eingestellten Geschäftsführung ihr Vertrauen ausgesprochen hatten. Unsere Genossen haben bei dieser Gelegenheit noch einige, den Reaktionen unangenehme Dinge über Waffenlager und ihre Verwicklung mit Hilfe der Behörden gesagt, und das brachte die reaktionäre Presse ganz aus dem Häuschen. Die Münchner Reueften Nachrichten verlangten ganz offen, der Landtag solle sich doch dazu ausrufen, diese Störenfriede soweit auszuschalten, daß sie der ersten Arbeit des Landtages nicht mehr schaden können. Alle ganz offensichtlich eine Aufforderung, ein Ausnahmengesetz gegen